



NEWSLETTER 11/2014

FORUM | MIGRATION



© Kurhan – Fotolia.com

Die neuen Steuerberater

Insgesamt 2,2 Mio. Arbeitsplätze haben Migranten in Deutschland geschaffen, ergab eine neue Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Jeder sechste Unternehmer in Deutschland hat heute ausländische Wurzeln. Doch Selbstständigkeit ist auch Folge von Diskriminierung.

Forum Migration: Herr Leicht, Ihre Studie soll „die wichtigsten Stereotype“ über Unternehmen von Migranten ausräumen. Welche sind das?

René Leicht, Universität Mannheim: Das verbreitetste ist sicher jenes, das Thilo Sarrazin geprägt hat: Migranten eröffnen Gemüseläden und Dönerbuden. Der Anteil von Gastgewerbe und Handel hat aber stark nachgelassen. Die wissensintensiven Dienstleister hingegen sind bedeutender geworden – Architekten, Mediziner, Unternehmens- oder Steuerberater.

I Ein anderes Vorurteil lautet: Die überleben nur dank ihrer Landsleute als Kundschaft. Stimmt das?

I Nein. Ein Drittel hat gar keine so genannte co-ethnische Kundschaft. Bei fast der Hälfte der Unternehmen machen die Landsleute lediglich ein Viertel der Kunden aus. Eine stärkere Orientierung haben wir allerdings bei den wissensintensiven Dienstleistungen gemessen.

I Ein türkischer Mandant hat also größeres Vertrauen in einen türkischen Rechtsanwalt?

I Solche Effekte sind feststellbar.

I Migrantische Unternehmer stehen bisweilen im Verdacht, Landsleute zu schlechten Bedingungen zu beschäftigen. Was ist da dran?

I Wir haben zwar ein gewisses Maß an Selbstausbeutung bei Selbstständigen beobachtet, etwa in Form sehr langer Arbeitszeiten. Allerdings finden wir dieses Phänomen auch bei den autochthonen Selbstständigen. Soweit Migranten stärker schuften handelt es sich oftmals um einen Branchen- oder Betriebsgrößeneffekt. Bei kleinen Betriebsgrößen arbeiten eben häufiger Familienmitglieder mit.

I Gibt es eine Tendenz, sich selbstständig zu machen, weil die Aufstiegschancen fehlen?

I Ja, das haben wir in einer anderen Studie beobachtet. Migranten in abhängiger Beschäftigung sind Wege nach oben oft verbaut. In der Selbstständigkeit gibt es sowohl größere ökonomische als auch bessere soziale Aufstiegsmöglichkeiten.



<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10948.pdf>

INHALT 11/2014

Die neuen Steuerberater	1
Bitte an die Tafel	2
„Man schöpft nur oben die Sahne ab“	2
Veranstaltungen	2
Mobilität ist ein Muss	2
„Kein Vermittlungshemmnis“	2
Schwarze Null wichtiger als Integration?	3
Bundesamt will Kirchenasyl aushebeln	3
Prominente gründen Stiftung	3
Türken fühlen sich in Deutschland heimisch	3
„Mach meinen Kumpel nicht an“	3
„Extrem hohes Armutsrisiko“	3
Anspruch auf Schutz und Sicherheit – Gastkommentar von Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der SPD	4



Bitte an die Tafel „Man schöpft nur oben die Sahne ab“

Niedersachsen wirbt bei Migranten für das Lehramtsstudium

Im Herbst finden an den für das Lehramt ausbildenden Universitäten Hannover, Göttingen, Oldenburg sowie am Studienseminar Osnabrück Orientierungstage statt. Damit sollen Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte für ein Lehramtsstudium interessiert werden. „Wir wollen, dass sich die Vielfalt, die wir in den Klassenzimmern vorfinden, auch stärker im Lehrerzimmer zeigt“, sagte Kultusministerin Frauke Heiligenstadt. Die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf sagte, Lehrkräfte mit Migrationshintergrund könnten sich „viel besser einfühlen in die Situation von Kindern und Jugendlichen, die aus einem anderen Land zu uns nach Deutschland kommen. Sich zu sagen, dass der oder die da vorne es doch auch geschafft hat, kann Minderwertigkeitsgefühle abbauen.“

www.mk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=35417&article_id=127702&psmand=8

Wer mehr migrantische Lehrer will, darf nicht erst bei den Abiturienten ansetzen, sagt der Berufsschullehrer und GEWler Faruk Özmarti

Forum Migration: Herr Özmarti, Niedersachsen möchte, dass mehr Migranten unterrichten. Freut Sie das?

Faruk Özmarti: Die Initiative ist grundsätzlich zu begrüßen, aber leider nicht adressatengerecht.

Weshalb?

Da werden Menschen angesprochen, deren Familien seit Generationen da sind, die persönlich keinen Migrationshintergrund mehr haben – aber dafür Abitur. Man schöpft nur oben die Sahne ab. Es muss aber auch um die gehen, die auf dem Weg dahin auf der Strecke bleiben.

Und die erreicht man wie?

Wenn ich möchte, dass Menschen mit Migrationshintergrund Lehrer werden und gute Bildung vermitteln, braucht es für sie wieder ernsthafte Förder-

programme. Schüler ohne Abschluss oder soziale Härtefälle, die durch die Raster fallen, müssen vom Bildungssystem aufgefangen werden. Stattdessen werden sinnvolle Projekte in diesem Bereich zerlegt. Zweitens muss ich den Lehrerberuf wieder attraktiv gestalten. Die Belastung an Schulen ist enorm geworden. Immer weniger junge Menschen wollen deshalb Lehrer werden

Wie ist die Situation an Ihrer Schule?

Ich arbeite an einer Brennpunktschule. Von unseren etwa 1.450 Schülern hat rund die Hälfte einen Migrationshintergrund – unter den 80 Lehrkräften bin ich damit aber der einzige.

Faruk Özmarti, gelernter Maschinenbauer, ist aktiv im Vorstand des GEW Bezirks Hannover und unterrichtet an einer berufsbildenden Schule in Hannover.



© Faruk Özmarti

Veranstaltungen

Tagung – Die betriebliche Praxis der Anerkennung, Erfolge, Hürden und Herausforderungen

14.11.2014, 10.30 bis 16.00 Uhr

DGB Tagungszentrum Düsseldorf

www.migration-online.de/2014_Tagung_Anerkannt

Recht auf Bildung! (Kommunale) Bildungseinrichtungen auf dem Weg zur Interkulturellen Öffnung

10.12.2014, 10.00 bis 16.00 Uhr

DGB Tagungszentrum Düsseldorf

www.migration-online.de/xtg2014

Alle Menschen werden Schwestern und Brüder“? – Zusammenhalt in Zeiten des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

22.11.2014, 10.00 bis 16.30 Uhr

Neue Schmiede, Bielefeld

www.gelbehand.de/data/flyer_herbsttagung_2014.pdf

Mobilität ist ein Muss

Europa soll auf Einwanderung und die Mobilität von Arbeitskräften setzen, fordert eine neue Studie von OECD und EU-Kommission

„Die Realität sieht heute so aus, dass in vielen EU-Ländern der Bedarf des jeweiligen Arbeitsmarktes nicht mehr mit ausschließlich einheimischen Arbeitskräften gedeckt werden kann“, sagte die scheidende

EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström. „Die Frage ist nicht, ob wir Migranten brauchen, sondern wie wir Migration am besten nutzen können“, so Malmström. Europas Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter könnte bis 2020 um bis zu 11,7 Millionen Menschen schrumpfen. Stefano Scarpetta von der OECD sagte, es möge „für viele Menschen eine Überraschung“ sein, in Zeiten anhaltender Arbeitslosigkeit in man-

chen EU-Staaten mehr Einwanderung zu fordern. Dies würde aber „den sozialen Zusammenhalt stärken und die Wettbewerbsfähigkeit Europas verbessern“.

www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/matching-economic-migration-with-labour-market-needs_9789264216501-en

„Kein Vermittlungshemmnis“

Bundesagentur appelliert an Arbeitgeber

Die Bundesagentur für Arbeit hat an Arbeitgeber appelliert, Menschen mit Migrationshintergrund mehr Chancen zu geben. Zur Eröffnung der Interkulturellen Woche unter dem Motto „Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern“ am 19. September sagte Bundesagentur-Vorstand Heinrich Alt, immer mehr Arbeitgeber würden erkennen, dass die Ausbildung und Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten angesichts der demografischen Entwicklung „ein

Gebot der Stunde“ sei. Ein Migrationshintergrund sei „für die meisten kein Vermittlungshemmnis“, so Alt.

Nach Zahlen der Bundesagentur haben 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland Migrationshintergrund, diese Gruppe stellt aber über 35 Prozent der Arbeitslosen. An der Interkulturellen Woche beteiligen sich seit Jahren auch Betriebe und Gewerkschaften.

www.interkulturellewoche.de



© contrastwerkstatt – Fotolia.com



Schwarze Null wichtiger als Integration?

Die Mittel stagnieren: Integration ist chronisch unterfinanziert. Trotz steigender Zuwanderungszahlen will die Bundesregierung daran nur wenig ändern.

So hat der Bund die für Integrationsförderung vorgesehenen Haushaltsmittel in den Jahren 2011 bis 2014 von gut 21 Millionen Euro auf knapp 17 Mil-

lionen Euro gekürzt. Das Bundesinnenministerium (BMI) hält hingegen über die Hälfte mehr für nötig. Doch das Finanzministerium pocht auf einen ausgeglichenen Haushalt und lehnte eine Erhöhung ab.

Nicht viel besser sieht es bei den Mitteln zur Migrationsberatung aus. Bislang gibt der Bund etwa 26 Millionen Euro im Jahr, das BMI und das Bundes-

amt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hingegen halten etwa 35 Millionen für notwendig. Vor der „bereinigenden Haushaltssitzung“ Mitte November signalisierte das Bundesfinanzministerium moderates Entgegenkommen: Das Personal des BAMF zur schnelleren Asylbearbeitung soll möglicherweise um 200 Stellen aufgestockt werden, unter Umständen ebenso die Mittel für Integrationskurse.

Bundesamt will Kirchenasyl aushebeln

Flüchtlingen, die Aufnahme im Kirchenasyl gefunden haben, droht eine Verschlechterung ihres Rechtsstatus

Bislang gilt: Wer über ein anderes EU-Land nach

Deutschland kommt, darf hier kein Asyl beantragen. Deutschland hat sechs Monate Zeit, den Flüchtling in das Land der EU-Einreise zurückzuschieben. Verstreicht diese Frist, kann hier ein Asylantrag gestellt werden. Das Bundesamt für Flucht und Migration

prüft derzeit, ob eine Person, die sich im Kirchenasyl befindet und nicht zum Abschiebungstermin der Ausländerbehörde erscheint, „flüchtig“ im Sinne der Dublin-III-Verordnung ist. Dadurch würde sich die so genannte Überstellungsfrist auf 18 Monate verlängern.

Prominente gründen Stiftung

Mehr Förderung für die „Internationalen Wochen gegen Rassismus“

Zum Vorsitzenden des Stiftungsrats wurde der Ex-Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, Theo Zwanziger, gewählt. Seine Stellvertreterin ist Bun-

destagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne) und der ehemalige WDR-Intendant Fritz Pleitgen.

Rassismus sei „wie Krebs“, sagte Pleitgen. „Er sitzt tief drin, erscheint unausrottbar; kaum ist er an einer Stelle besiegt, taucht er an einer anderen wieder

auf.“ Die Stiftung stellt insgesamt 90.000 Euro zur Verfügung. Die nächsten Internationalen Wochen gegen Rassismus beginnen am 16. März 2015.

 www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de

Türken fühlen sich in Deutschland heimisch

„Doch sehr anders als Deutsche“, aber trotzdem hier zu Hause – so fühlen sich rund 75 Prozent der in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen

Das ergab jetzt eine Studie des Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung. Als seine Heimat bezeichnet aber nur jeder fünfte Deutschland. Weiter

re 30 Prozent sehen Deutschland wie die Türkei als ihre Heimat an, für 44 Prozent ist das nur die Türkei.

Die Studie widerlegt das Vorurteil von sich abschottenden Türken, die in einer Parallelgesellschaft leben: Drei Viertel der Befragten gaben an, deutsche Freunde zu haben. 66 Prozent erhielten im vergangenen Jahr Besuch von Deutschen oder

waren bei Deutschen eingeladen. Fast jeder Befragte mit türkischem Migrationshintergrund hatte demnach am Arbeitsplatz, in der Schule oder im Sportverein Kontakt zu Deutschen. Nur sechs Prozent gaben an, in der Freizeit keinen Kontakt zu Deutschen zu wollen.

 www.tamvakli.de/downloads/bericht-nrw-2013_end.pdf

„Mach meinen Kumpel nicht an“

Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit will der 9. Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ fördern. Gewerkschaftsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen, Auszubildende und junge Beschäftigte sind aufge-

rufen, Beiträge einzureichen, die ein solidarisches Miteinandersichtbarmachen. „Der Wettbewerb ‚Die Gelbe Hand‘ will all diejenigen würdigen, die gegen Rassismus aktiv werden,“ sagt der Schirmherr, Niedersachsens

Ministerpräsident Stephan Weil. Einsendeschluss ist der 16.01.2015, es winken Preise von bis zu 1.000 €.

 www.gelbehand.de/wettbewerb

„Extrem hohes Armutsrisiko“

Niedrige Renten für Migranten der ersten Generation

Durchschnittsrenten deutsche Ruheständler

männlich: 1.109 Euro

weiblich: 572 Euro

Durchschnittsrenten ehemalige angeworbene Arbeitsmigranten

männlich: 789 Euro

weiblich: 427 Euro

Risiko für Altersarmut

Unter Senioren mit deutscher Staatsangehörigkeit:

12,5 Prozent

Unter ehemaligen angeworbenen Arbeitsmigranten:

41,8 Prozent

 Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2014



Anspruch auf Schutz und Sicherheit



© Susie Knoll/SPD

Gastkommentar von Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der SPD

Die Bilder von den Misshandlungen in einem Flüchtlingsheim in Burbach sind uns allen lebhaft vor Augen. Menschen, die zu uns nach Deutschland gekommen sind, um Schutz vor Vertreibung und Tod zu finden, mussten abermals um Leib und Gesundheit fürchten. Die Bilder von Burbach sind eine Mahnung an uns alle, dass wir unsere Bemühungen verstärken müssen, Flüchtlinge und Asylbewerber bei uns gut aufzunehmen.

Denn Flüchtlinge haben Anspruch auf Schutz und Sicherheit. Der Satz klingt simpel, er ist aber fundamental für eine Verfassungsordnung, die die Menschenrechte ernst nimmt. Nicht umsonst genießt das Grundrecht auf Asyl in der Bundesrepublik Verfassungsrang.

Was viele Menschen bei uns oft vergessen: Das Gros der Flüchtlinge flieht nicht nach Europa, sondern findet Unterschlupf in den direkten Nachbarländern. Gegenwärtig tragen die Türkei, Jordanien und der Libanon beispielsweise die Hauptlast der Flüchtlingsbewegungen, die von den Konflikten in Syrien und Irak ausgelöst worden sind. Mehr als zwei Millionen Flüchtlinge hat allein der Libanon aufgenommen. Das ist eine imponierende Leistung für dieses kleine Land. Die Gesellschaften dieser Staaten leisten Außerordentliches, um eine einigermaßen menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge zu gewährleisten.

In jüngerer Zeit hat aber auch die Zahl derer zugenommen, die bei uns in Deutschland Zuflucht suchen. Die Fachleute rechnen für dieses Jahr mit 200.000 Flüchtlingen. Der Wert ist hoch, insbesondere mit Blick auf die vorangegangenen Jahre. Doch die Bundesrepublik ist ein wohlhabendes Land

– und es steht uns gut zu Gesicht, Flüchtlingen bei uns Schutz zu gewähren. Bei dieser Aufgabe sind alle staatlichen Ebenen gefragt – der Bund, die Länder und die Kommunen. Niemand sollte jetzt versuchen, seine Verantwortung beim Flüchtlingsschutz wegzuschieben.

Die Flüchtlinge sind häufig traumatisiert von ihren Erlebnissen – sie müssen darauf zählen können, dass sie bei uns in Sicherheit sind und vor rassistischen Übergriffen geschützt werden. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Neonazis und andere ihren blanken Hass an diesen Menschen ausleben und Menschenleben gefährden. Das ist Aufgabe von uns allen.

Aufgabe der Politik ist es, ausreichend Unterkunftsplätze für die wachsende Zahl an Flüchtlingen anzubieten. Dazu gehört es aus meiner Sicht, für sie auch eine sozialpädagogische Betreuung sicherzustellen, damit sich die Flüchtlinge bei uns leichter zurechtfinden. Gerade in größeren Einrichtungen müssen wir bedenken, dass es zu Konflikten unter verschiedenen Gruppen kommen kann. Darüber hinaus brauchen wir eine ausreichende medizinische Betreuung, gerade um bestehende Traumata zu behandeln.

Die Unterbringungspolitik konservativer Prägung folgte fatalerweise lange der Logik: Wir gewähren keinerlei Hilfe zur Integration, weil ja gar nicht klar ist, ob diese Leute bei uns bleiben dürfen. Diese Politik hat die Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen erschwert, ja unmöglich gemacht. Sie führte dazu, dass Menschen oft viele Monate, ja Jahre in Deutschland waren, ohne je einen Sprach- oder Integrationskurs absolvieren zu können.

Wir sollten davon ausgehen, dass viele Flüchtlinge auf absehbare Zeit bei uns bleiben werden. Darauf müssen wir unser Aufnahmekonzept ausrichten. Gerade hier hat sich in jüngerer Zeit einiges Gute getan.

Wir haben das absolute Arbeitsverbot für Flüchtlinge aufgebrochen. Asylbewerber dürfen nun schon nach drei Monaten eine Arbeit suchen. Wichtig ist nun, dafür zu sorgen, dass diese Menschen auch tatsächlich Arbeit finden.

Ich werbe auch um etwas Geduld, denn im Augenblick fehlen uns vielerorts geeignete Unterkünfte. Fast zwei Jahrzehnte lang sind die Flüchtlingszahlen rückläufig gewesen, weshalb die Länder und Kommunen auch die Aufnahmekapazitäten verringert hatten. Jetzt müssen wir rasch Abhilfe schaffen. Ich betone: Wir dürfen die Städte und Gemeinden mit dieser Aufgabe nicht allein lassen. Ich halte es für überfällig, dass der Bund die Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen stärker unterstützt – finanziell wie organisatorisch.

Ich freue mich über zahlreiche private Initiativen, die dabei helfen, die wachsende Zahl an AsylbewerberInnen hier bei uns aufzunehmen und zu versorgen. Sie zeigen, dass diese Menschen bei uns willkommen sind. Und sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration. Überhaupt zeigt ein Blick auf die aktuelle Lage in den Städten, dass die Grundstimmung für die Aufnahme von Flüchtlingen positiv ist. Das dies so ist, ist auch das Verdienst vieler kleiner Initiativen vor Ort. Flucht und Wanderung sind eine Realität, der sich Deutschland und Europa stellen müssen. Wir dürfen uns vor der Verantwortung nicht wegducken.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

